Heilbronner Erklärung

Diplomatie statt Aufrüstung
Verhandlungen statt Kriegsverlängerung

Der Versuch, den Konflikt mit Russland militärisch zu lösen, um die russische Aggression zurückzudrängen, ist gescheitert. Obwohl offensichtlich ist, was Fachleute seit langem vorhersagen, dass dieser Krieg von der Ukraine nicht gewonnen werden kann, weigern sich die Bundesregierung und ihre europäischen Partner, bedingungslose Verhandlungen mit Russland aufzunehmen.

Die Forderung, erst nach einem Waffenstillstand zu verhandeln, ist Diplomatie- und Dialogverweigerung, denn auch ein Waffenstillstand müsste herbei verhandelt werden.

Darüber hinaus ist es verantwortungslos, die Ebene der Diplomatie einem unberechenbaren Autokraten im Weißen Haus zu überlassen, der eine antieuropäische Agenda verfolgt und dem es vor allem um ukrainische Bodenschätze und um die Förderung der US-amerikanischen Rüstungs- und Energieindustrie geht.

Die Behauptung, die Nato sei ohne die USA nicht verteidigungsfähig, ist absurd. Zahlreiche Studien belegen, dass der Westen auch ohne die USA in allen relevanten Waffengattungen überlegen ist. Wer unterstellt, eine Armee, die es ohne direkte Natobeteiligung in drei Jahren nicht einmal schafft, bis nach Kiev vorzudringen, sei eine Bedrohung für Deutschland, begeht systematische Irreführung der Bevölkerung.

Deshalb fordern wir statt eines weiteren unbezahlbaren Rüstungswettlaufs mehr Mittel für den Erhalt des Sozialstaaates (Klima, Soziales, Rente, Pflege, Fluchtursachen...)

Deshalb sagen wir **Nein zur Militarisierung unserer Gesellschaft und Nein zu neuen Mittelstreckenraketen**.

Wir fordern von der Bundesregierung eine sofortige diplomatische Initiative und Verhandlungen mit Moskau, in denen auch die Sicherheitsinteressen Russlands respektiert werden.

Wir fordern unsere Partei auf, ihre verhängnisvolle Aufrüstungspolitik zu beenden und sich für eine neue Entspannungspolitik einzusetzen. Wir unterstützen deshalb ausdrücklich das Manifest der SPD-Friedenskreise und erwarten, dass über dessen Ziele und Aussagen breit diskutiert wird und dass unsere Partei diese Debatte ermöglicht und fördert.

Wir beauftragen die baden-württembergische Initiative MEHR DIPLOMATIE WAGEN als Initiatorin des heutigen Treffens, diese in der SPD dringend notwendige friedenspolitische Debatte zu koordinieren und weitere friedenspolitische Veranstaltungen zu koordinieren.